In: IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2012, Baden-Baden 2013, S. 87-105.

Elena Kropatcheva

Die Wahlen in Russland 2011-2012: Wird der *„Wind of Change“* weiter wehen?

Einführung

Den Russen wurde lange nachgesagt, sie seien politisch passiv, desinteressiert oder unbeteiligt. Vor allem westliche Beobachter haben sich über diese Passivität gewundert. Viele Beobachter im Ausland und in Russland selbst wurden von den Protesten überrascht, die im Dezember 2011 als Reaktion auf die Wahlfälschungen bei den russischen Parlamentswahlen begannen und die in den Massenmedien als „neue Dekabristen-Bewegung“, „Russischer Winter/Frühling“, die „Rebellion der Nerzmäntel“ oder auch als die „Weiße Revolution“ bezeichnet oder mit anderen einfallsreichen Attributen versehen wurden. Es waren die größten Proteste seit den 1990er Jahren.

Die Ereignisse warfen viele Fragen auf: Wer sind die Leute, die hier zu protestieren begonnen haben? Was sind die Gründe für die Proteste und warum fingen sie zu genau diesem Zeitpunkt an? Wie stabil ist Wladimir Putins System insgesamt? Werden die Proteste möglicherweise zu einer gewissen Liberalisierung des Systems führen? Selbst heute, zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Beitrags im August 2012, ist es schwierig, diese Fragen klar und eindeutig zu beantworten. Einige von ihnen müssen von Soziologen noch gründlicher untersucht werden.[1]

Im vorliegenden Beitrag möchte ich zunächst einen Überblick über die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen (Wahlkampf, Ergebnisse und Auswirkungen) geben, die am 4. Dezember 2011 bzw. am 4. März 2012 in Russland stattgefunden haben. Anschließend konzentriere ich mich auf die Protestbewegung und werde versuchen, einige Antworten auf die obengenannten Fragen zu geben. Zum Schluss stelle ich die innenpolitischen Entwicklungen in Russland nach den Wahlen dar, um Anzeichen dafür zu finden, ob der *„Wind of Change“* weiterhin weht. In dem gesamten Artikel wird Meinungen aus Russland zu den Entwicklungen besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Parlamentswahlen vom 4. Dezember 2011

Dieser Abschnitt beschreibt die Parlamentswahlen vom 4. Dezember 2011: den Wahlkampf, den Verlauf der eigentlichen Wahl sowie die Wahlergebnis-

1 Siehe Olga Kryštanovskajas Beitrag zu der Radiosendung Iščem vychod…: Skol'ko proživet vlast'? [Auf der Suche nach einem Ausweg: Wie lange wird die Regierung an der Macht bleiben?] des Senders Echo Moskvy, 25. Juli 2012, unter: http://www.echo.msk.ru/programs/exit/912297-echo.

se. Die Verstöße in der Wahlkampfphase, während der Wahlen und bei der Stimmenauszählung unterschieden sich in Form und Ausmaß nicht sonderlich von denen früherer Wahlen. Doch der Umstand, dass es aufgrund dieser Verstöße zu Massenprotesten kam, die in den großen Städten begannen, deutet darauf hin, dass sich diese Wahlen von den anderen unterschieden.

Wie in den Jahren zuvor wurde auch der Wahlkampf vor den Parlamentswahlen 2011 von Skandalen erschüttert. Sämtliche Parteien begingen Verstöße gegen das Wahlrecht, doch der Spitzenreiter war dabei die dem Präsidenten nahestehende Regierungspartei Einiges Russland (*Jedinaja Rossija*, EdRo).[2] In vielen Regionen warben die Gouverneure offen oder indirekt für Einiges Russland. Sie versprachen eine Modernisierung der Infrastruktur und höhere Sozialleistungen im Gegenzug für Wählerstimmen. Kundgebungen für Vertreter politischer Parteien – vor allem diejenigen von Einiges Russland – fanden in Schulen, bei Konzerten und anderen öffentlichen Veranstaltungen statt, die ursprünglich gar nichts mit der Wahl zu tun hatten.[3]

Zu den größten Parteien, die ihre Kandidaten zur Wahl stellten, gehörten die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (*Kommunistitscheskaja Partija Rossiskoi Federazii*, KPRF), die Liberal-Demokratische Partei Russlands (*Liberalno-Demokratitscheskaja Partija Rossii*, LDPR) und Gerechtes Russland (*Sprawedliwaja Rossija*, SR). Sie alle verfügen über eine Stammwählerschaft. Von Anfang an war klar, dass die liberale Partei *Jabloko*, die sich zur „außersystemischen Opposition" zählt, keine Chance hatte, eine entscheidende Zahl an Stimmen zu erhalten. Fairerweise muss jedoch gesagt werden, dass ihr Parteivorsitzender Grigori Jawlinski aus verschiedenen Gründen lange politisch unsichtbar gewesen war. Es wäre naiv gewesen, auf eine große Unterstützung durch die liberale Wählerschaft zu hoffen. So kam es, dass Wähler, die sich mit keiner der Parteien oder keinem der Kandidaten stark genug identifizieren konnten oder bezweifelten, dass ihre bevorzugte Partei genügend Stimmen erhalten würde, nur aus Protest gegen Einiges Russland stimmten, indem sie irgendeine andere Partei wählten, nicht aber eine bestimmte Partei aus Überzeugung.

Die Wahlslogans der Parteien unterschieden sich im Allgemeinen nicht nennenswert voneinander. Weder Einiges Russland noch die Oppositionsparteien hatten eine echte Alternative anzubieten, wie es mit dem Land weitergehen sollte. Alle Parteien beschränkten sich auf billigen Populismus: So versprach beispielsweise die KPRF die Verstaatlichung von Ressourcen, die LDPR kündigte an, Großmachtpolitik zu betreiben, die Regierungspartei Einiges Russland zählte ihre Verdienste auf und konzentrierte sich auf die Beibehaltung von Stabilität und Status quo (statt Modernisierung),[4] und die SR ver-

2 Siehe z.B. die Fernsehsendung Nedelja s Mariannoi Maksimovskoi vom 19. November 2011, unter: http://www.nedelya.ren-tv.com/index.php?option=com_content&view=article&id=1291:-qq--191111-&catid=4:nedelya-s-mariannoy-maksimovskoy&Itemid= 9.

3 Videoreportagen und Analysen sind insbesondere zu sehen in: ebenda.

4 „Modernisierung" lautete der von Dmitri Medwedew geprägte Slogan, mit dem die spezifischen Ziele seiner Präsidentschaft (2008-2012) hervorgehoben werden sollten.

sprach, sich um die Rentner zu kümmern.[5] Einiges Russland griff auf Methoden aus der Sowjetpropaganda zurück, wie zum Beispiel Bilder von Fabrikarbeitern und Bauern, von Bäckern und von Putin und Medwedew, wie sie selbst die Ernte einbringen. Kurz gesagt: Es wäre schwergefallen, anhand der im Wahlkampf eingesetzten Plakate, Versprechungen und Werbespots Unterschiede zwischen den Parteien auszumachen.

Während bei den russischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen von 2007 und 2008 keine Wahlbeobachtung durch das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) stattfand, da es bezüglich der Rolle und Anzahl der Beobachter zwischen der OSZE bzw. dem BDIMR und Russland Meinungsverschiedenheiten gegeben hatte, wurden die Wahlen dieses Mal von der OSZE bzw. dem BDIMR beobachtet. Insgesamt 325 Beobachter des BDIMR, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (PV) und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) waren daran beteiligt.[6] Der Wahlkampf, die Stimmabgabe und die Stimmenauszählung wurden vom BDMIR folgendermaßen beschrieben:

> „Die Vorbereitungen [...] waren technisch gut organisiert [...] die Wahlen selbst waren jedoch geprägt von der Konvergenz zwischen Staat und Regierungspartei [Die Plakate des Staatlichen Moskauer Wahlkomitees waren fast identisch mit denjenigen der Partei Einiges Russland; E.K.]. Der Wettbewerb war zudem zugunsten der Regierungspartei verzerrt. Dies zeigte sich an der mangelnden Unabhängigkeit der Wahlverwaltung, der Parteilichkeit der meisten Medien und der unzulässigen Einflussnahme staatlicher Behörden auf verschiedenen Ebenen. [...] Trotz der ungleichen Voraussetzungen machten die Wähler von ihrem Recht Gebrauch, ihre Entscheidung zum Ausdruck zu bringen. [...] Mit der Stimmenauszählung verschlechterte sich die Qualität des Wahlprozesses erheblich, da es zu zahlreichen Verfahrensfehlern und Vorfällen offenkundiger Manipulation kam. Dazu gehörten auch ernst zu nehmende Indizien, die auf das Auffüllen von Wahlurnen hinwiesen. Die Protokolle der Stimmenauszählungen wurden in mehr als einem Drittel aller Wahllokale nicht öffentlich ausgehängt.“[7]

Ich erlaube mir dieses lange Zitat, da es den Verlauf der Wahlen und der Stimmenauszählung treffend zusammenfasst.

---

5 Videoreportagen über die Wahlkampfpropaganda zeigt die Fernsehsendung Nedelja s Mariannoi Maksimovskoi vom 17. November 2011, unter: http://www.nedelya.ren-tv.com/index.php? Itemid=9&id=4&layout=blog&option=com_content&view=category&limitstart=20.

6 Vgl. OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights, Russian Federation, Elections to the State Duma, 4 December 2011, OSCE/ODIHR Election Observation Mission, Final Report, Warschau, 12. Januar 2012, S. 3.

7 Ebenda, S. 1 (dieses und alle weiteren Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass Einiges Russland mit 49 Prozent den höchsten Stimmenanteil erhielt. Es folgten die KPRF mit 19 Prozent, die SR mit 13 Prozent und die LDPR mit zwölf Prozent. Diese Parteien schafften es in die Duma. Die liberal-demokratische *Jabloko* erhielt nur rund drei Prozent der Stimmen.[8] Die Schätzungen unabhängiger Experten auf der Grundlage von Wahltagsbefragungen wichen jedoch erheblich von den offiziellen Ergebnissen ab: Einiges Russland hätte beispielsweise ohne Manipulationen lediglich 24 bis 30 Prozent der Stimmen erhalten und *Jabloko* wäre mit fünf bis zwölf Prozent wahrscheinlich in die Duma eingezogen.[9] Obwohl Einiges Russland in fairen Wahlen also immer noch den höchsten Anteil der Stimmen erhalten hätte, ist die Unterstützung für die Partei in Wirklichkeit jedoch viel geringer als es die offiziellen Zahlen behaupten.

Auch wenn es niemanden überrascht hat, dass das Ergebnis von Einiges Russland mit Hilfe von Manipulationen verbessert wurde und die Partei – mit oder ohne Manipulationen – die meisten Stimmen erhielt und somit die Wahlen gewann, wiesen diese Wahlen einige Besonderheiten auf. Erstens sagten mehrere Meinungsumfragen vor der Wahl voraus, dass Einiges Russland wesentlich weniger Stimmen erhalten würde als in den Jahren zuvor.[10] Die Partei erlitt auch tatsächlich einen Stimmenverlust von 15 Prozent im Vergleich zu den Dumawahlen von 2007. Damit verlor sie ihre Zweidrittel- und damit die Verfassungsmehrheit im Parlament. Von den 450 Sitzen gewann Einiges Russland 238, die anderen Parteien 212. Dieses Ergebnis war symptomatisch. Es zeigte die Ermüdung und die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierungsarbeit einer Partei der „Diebe und Gauner" – ein Slogan, den Alexei Nawalny, einer der führenden Oppositionspolitiker, im Rahmen seiner Antikorruptionskampagne geprägt und populär gemacht hatte. Das Ergebnis zeigte außerdem, dass Teile der Bevölkerung der Meinung waren, dass die Politik der Regierungspartei eher zur Stagnation als zur Stabilisierung führe. Sie wünschten sich eine Weiterentwicklung und Modernisierung des Landes.

Eine weitere Besonderheit der Dumawahlen bestand darin, dass etliche Verstöße von unabhängigen russischen Beobachtern oder aktiven Mitgliedern der örtlichen Wahlkommissionen dokumentiert wurden. Sie nutzen ihre Mobiltelefone oder andere Geräte, um die Verstöße zu filmen und aufzuzeichnen.

---

8 Zu den Wahlergebnissen siehe die Website der Zentralen Wahlkommission unter: http://www.vybory.izbirkom.ru/region/izbirkom.

9 Vgl. Natalia Bubnova, in: Duma Elections: Expert Analysis by Dmitri Trenin, Maria Lipman, Alexey Malashenko, Natalia Bubnova, Nikolay Petrov. Compilation of commentaries, 13. Dezember 2011, unter: http://carnegie.ru/publications/?fa=46205.

10 Siehe z.B. Natalja Raibman, Sociologi otdajut „Edinoi Rossii" nemnogim bol'še 50 % golosov [Soziologen sagen für Einiges Russland weniger als 50 % der Stimmen voraus], in: Vedomosti, 28. November 2011, unter: http://www.vedomosti.ru/politics/news/1434720/levadacentr_otdaet_edinoj_rossii_53_golosov_na_vyborah_v#ixzz1f19zk8Oj. Siehe auch das Diagramm des prognostizierten Stimmenverlusts von Einiges Russland, Comparison of estimates for EdRo during the parliamentary election campaigns in 2007 and 2011, Levada Center, Vybory v Gosdumu [Die Wahlen zur Staatsduma], 25. November 2011, unter: http://www.levada.ru/25-11-2011/vybory-v-gosdumu.

Daraufhin fanden sich entsprechende Videos und Berichte in Windeseile in den sozialen Netzwerken (u.a. *vkontakte*, *Facebook*, *Twitter* und *LiveJournal*) sowie auf *YouTube* und in unabhängigen Medien (wie z.B. *Echo Moskvy*, *Radio Swoboda*, *Golos* und dem Fernsehkanal *Doschd*) wieder. Das unterschied die Wahlen von früheren Wahlen, die von ähnlichen Verstößen beeinträchtigt worden waren.[11] Die Zahl der Internet-Nutzer in Russland ist gestiegen.[12] Rund 60 Prozent der Demonstranten erfuhren von den Versammlungen der Opposition über das Internet, während rund 35 Prozent von ihren Freunden informiert wurden.[13] Es wurde daher versucht, die weitere Verbreitung dieser Informationen dadurch zu verhindern, dass zahlreiche Websites zeitweilig blockiert oder von Hackern angegriffen wurden.[14]

Die ersten Proteste gegen den Wahlbetrug, die in den Tagen nach der Wahl in Moskau und Sankt Petersburg stattfanden, wurden von der Polizei brutal niedergeschlagen. Aber schon am 12. Dezember waren die Menschenmengen auf den Straßen in vielen großen Städten von ein paar Dutzenden auf Tausende angewachsen (auch wenn die größten Demonstrationen nach wie vor in Moskau und Sankt Petersburg stattfanden). Es wäre kaum möglich gewesen, sie gewaltsam aufzulösen und sich gleichzeitig weiterhin einen demokratischen Anschein zu geben. Die häufigsten Parolen der Demonstranten waren „Es reicht uns!“ und „Unsere Stimmen wurden gestohlen!“ Sie forderten die Entlassung des Leiters der Zentralen Wahlkommission und ehrliche und faire Neuwahlen und es wurden Lieder des berühmten russischen Rockmusikers Viktor Zoi – z.B. *„Peremen – my schdjom peremen“* („Veränderungen – wir warten auf Veränderungen“) – gespielt. Selbst die Veranstalter der Kundgebungen hatten nicht mit einem so hohen Zulauf gerechnet.

Was Betrug und Fälschungen angeht, unterschieden sich die Wahlen also nicht von früheren Dumawahlen. Trotz der Manipulationen erhielt Einiges Russland jedoch nur 49 Prozent der Stimmen. Ohne sie wäre der Stimmenanteil der Regierungspartei noch geringer ausgefallen. Ihre Position wurde erheblich geschwächt. Sowohl die rasante Verbreitung der Informationen über den Wahlbetrug im Internet als auch die darauf folgenden Proteste haben gezeigt, dass die Zivilgesellschaft aufgewacht ist. Sie offenbarten auch die Schwachstellen des gegenwärtigen politischen Systems: Sowohl Präsident

---

11 Ausführlicher zur Entwicklung der „Wahlen auf russische Art“ siehe Stephen White, Elections Russian-Style, in: Europe-Asia Studies 4/2011, S. 531-556; Edwin Bacon, Electoral manipulation and the development of Russia's political system, in: East European Politics 2/2012, S. 105-118. Siehe auch Max Bader, Trends and patterns in electoral malpractice in post-Soviet Eurasia, in: Journal of Eurasian Studies 3/2012, S. 49-57.

12 Die Zahl der Internet-Nutzer in Russland wird 2013 bei 90 Millionen liegen, ITAR-TASS, 5. Januar 2012, unter: http://www.itar-tass.com/en/c154/311154.html.

13 Vgl. Levada Center, Čto-to pochožee na obščestvo. V čem social'noe značenie mitingov i kto te ljudi, kotorie v nich učastvujut – Interv'ju s B. Dubinym [Etwas Gesellschaftsähnliches. Welche soziale Bedeutung haben die Proteste, und wer nimmt an ihnen teil? – Interview mit B. Dubin], 3. Februar 2012, unter: http://www.levada.ru/print/03-02-2012/chto-pokhozhee-na-obshchestvo-v-chem-sotsialnoe-znachenie-mitingov-i-kto-te-lyudi-kotorye.

14 Ausführlicher hierzu Aleksandr Kynev, Kontrollverlust, Manipulation, Protest. Die Dumawahlen 2011 in Russland, in: Osteuropa 1/2012, S. 25-40.

Dmitri Medwedew als auch Ministerpräsident Wladimir Putin und ihre Mitarbeiter waren anfangs ratlos und wussten nicht, wie sie auf diese überraschende Entwicklung reagieren sollten.

Die Präsidentschaftswahlen vom 4. März 2012

Als Folge der Parlamentswahl musste Wladimir Putin seine Kampagne für die Präsidentschaftswahlen abändern. Um seine Anhänger zu vereinigen, benutzte er nicht länger die Regierungspartei Einiges Russland, sondern versuchte vielmehr, sich von ihr zu distanzieren. Ihre Rolle übernahmen stattdessen die neu gegründete Allrussische Volksfront – Putins eigenes Projekt – und andere Initiativen. Nach den anfangs panikartigen Reaktionen auf die Proteste begannen die Behörden nun, aktiv zu reagieren. Sie organisierten noch größere Kundgebungen zur Unterstützung Putins. Selbst die Proteste der Opposition wurden für den Wahlkampf genutzt: Die Existenz von Protesten und regierungskritischen Veranstaltungen wurde von Putins öffentlichen Unterstützern als Zeichen der Demokratie und des Pluralismus in Russland dargestellt – ganz so, als wäre dies Putins Verdienst.
Höhepunkt des Wahlkampfs waren die beiden zeitgleich stattfindenden Pro- und Anti-Putin-Kundgebungen auf dem Poklonnaja-Berg bzw. dem Bolotnaja-Platz am 4. Februar 2012. Dabei kam es zu einer Art Wettbewerb, wer die größere Demonstration abhalten würde. Beide Seiten überschätzten die Zahl ihrer eigenen Teilnehmer und unterschätzten die ihrer Gegner, fest steht aber, dass jeweils Tausende von Menschen bei den Kundgebungen zugegen waren. Auch die Parolen und Forderungen konkurrierten miteinander. Die am häufigsten verwendeten lauteten:

Parolen/Forderungen auf dem Poklonnaja-Berg	*Parolen/Forderungen auf dem Bolotnaja-Platz*
Gegen farbige Revolutionen: „Faire Wahlen ja – orange nein!“	Für faire und ehrliche Wahlen – Entlassung des Leiters der Zentralen Wahlkommission Wladimir Tschurow
„Wer, wenn nicht Putin?“ – für Stabilität	Gegen Putins Regime: „Das Gesetz entscheidet, nicht der Zar!“
Gegen die ausländischen Feinde Russlands	Für Modernisierung und Entwicklung

Bei den Pro-Putin-Kundgebungen und während seines gesamten Wahlkampfs wurden negative Stereotype vermeintlicher Feinde propagiert. So wurde beispielsweise das US-Außenministerium beschuldigt, die Proteste der Opposition finanziell zu unterstützen, sich in die russische Innenpolitik einzumi-

schen und „farbige Revolutionen“ im postsowjetischen Raum zu organisieren. Das „Ausland“ wurde allgemein negativ dargestellt (wobei der abwertende russische Begriff „*bugor*“ für das Ausland benutzt wurde). Die Parolen der Pro-Putin-Demonstrationen entsprachen der Propaganda der letzten zehn bis zwölf Jahre. Der Kerngedanke war stets, dass es notwendig sei, sich unter dem Führer der Nation (Putin) zu vereinigen und gegen die Bedrohung (aus dem Ausland) zu kämpfen.[15] Generell griffen Putin und seine Unterstützer während des Wahlkampfes ausgiebig auf das Bild der internen Anderen (die Opposition) und der externen Anderen (der Westen) zurück.[16]

Die Teilnehmer der Kundgebungen der Opposition betonten, dass sie ebenfalls gegen eine ausländische Einflussnahme auf ihr Land und prorussisch, jedoch gegen die gegenwärtige Regierung eingestellt seien. Boris Dubin bezeichnet sie als „gewaltlosen Protest der Bürger gegen die jetzige gesellschaftliche und politische Ordnung und das Regime“.[17] Olga Kryschtanowskaja merkt außerdem an, dass sich die Opposition nicht mit der Einführung vereinzelter liberaler Gesetze zufriedengeben wird. Sie kämpfe vielmehr gegen den autoritären Staat und für eine liberale Demokratie.[18] Konstantin von Eggert schreibt dazu: „Der Slogan ‚Russland ohne Putin’ hat weniger mit der Person Putin zu tun. Er steht vielmehr für den Wunsch nach einem Land ohne ‚Basman‘-Gerichtsbarkeit, Zensur, die Allmacht der Siloviki und Staatsunternehmen sowie allmächtige ‚administrative Ressourcen‘.“[19]

Beide Seiten beschuldigten einander, entweder mit staatlichen Mitteln (die Pro-Putin-Kundgebung) oder vom US-Außenministerium (die Anhänger der Opposition) bezahlt zu werden. Zwar existieren zahlreiche Berichte und Videos, die zeigen, wie Putin-Unterstützer von den Organisatoren bezahlt werden, oder in denen sich Menschen darüber beschweren, dass sie von ihren Arbeitgebern dazu gezwungen worden seien, an Pro-Putin-Demonstrationen teilzunehmen. Dennoch wäre es eine zu starke Vereinfachung zu sagen, dass sich unter den Teilnehmern auf dem Poklonnaja-Berg keine echten Putin-Anhänger befunden hätten. Wladimir Posner stellt fest, dass die Menschen in Russland ungeachtet der Propaganda und der unfairen Bedingungen „noch

15 Vgl. Radioberichterstattung von Echo Moskvy im Jahr 2012.

16 Ausführlicher zu den verwendeten Bildern siehe: Olga Malinova, Simvoličeskoe edinstvo nacii? Representacija makropolitičeskogo soobščestva v predvybornoj ritorike Vladimira Putina [Symbolische Einheit der Nation? Die Darstellung der makropolitischen Gemeinschaft in Wladimir Putins Rhetorik vor der Wahl], in: Pro et Contra, Mai-Juni 2012, S. 76-93.

17 Levada Center, Interview mit Boris Dubin, a.a.O (Anm. 13).

18 Vgl. Kryštanovskaja, a.a.O. (Anm. 1).

19 Konstantin von Eggert, zitiert in: „Chočetsja ponjat’, počemu iz vsech ostal’nych Prochorov vygljadit samym neaktivno boryuščimsja za vlast‘“ [Es wäre gut zu verstehen, warum Prochorow von allen Kandidaten scheinbar am wenigsten um die Macht kämpft], in: Kommersant’ FM, 23. Januar 2012, unter: www.kommersant.ru/doc/1856953. „Basman-Gerichtsbarkeit“ bezieht sich auf das Moskauer Basman-Gericht, das für seine umstrittenen Entscheidungen in spektakulären Fällen (z.B. die Urteile in den Prozessen gegen Michail Chodorkowski) berüchtigt ist. Der Ausdruck ist im Russischen zur mittlerweile geläufigen Bezeichnung für eine ungerechte und korrupte, von oben kontrollierte Justiz geworden.

nie zuvor in ihrer gesamten Geschichte einen Lebensstandard genossen haben, wie sie ihn heute genießen: mehr Geld, mehr Autos, mehr Häuser, mehr Lebensmittel, mehr Güter".[20] Manch einer fürchtet sich vor Veränderungen des Status quo, weil er seine eigene einträgliche Position verlieren könnte oder generell Angst vor Chaos und der Umverteilung von Vorteilen, Geld und Eigentum unter den Eliten hat, falls Putin abtreten sollte. Lew Gudkow merkt darüber hinaus an, dass die Interessen und Überzeugungen der „vormodernen" und „antimodernen" Mehrheit der Bevölkerung an das gegenwärtige politische System und die Machtverteilung gekoppelt seien, was Veränderungen verhindere.[21]

Zusätzlich zu der großangelegten Wahlkampagne in Fernsehen und Internet veröffentlichte Wladimir Putin sieben Artikel in den größten russischen Zeitungen, in denen er auf unterschiedliche Themen – von der Nationalitätenüber die Wirtschaftspolitik bis zu den Außenbeziehungen – einging. In seinen früheren Wahlkämpfen hatte Putin von den Printmedien nicht in einem solchen Umfang Gebrauch gemacht. Die meisten seiner Artikel waren recht widersprüchlich, da er versuchte, verschiedene Teile der Bevölkerung – von den Nationalisten bis zu den Liberalen – anzusprechen und für sich zu gewinnen. Er versprach gleichzeitig Modernisierung und Stabilisierung und sendete Signale an die Armen ebenso wie an die Reichen aus. Bei den meisten Themen kritisierte er den Status quo, als hätte er selber nichts damit zu tun. Andrei Kolesnikow beschreibt Putins Wahlprogramm als ein „Programm von Vater Zar, der allen alles gibt",[22] statt verlässliche Institutionen aufzubauen und die Verantwortung für seine eigenen Versäumnisse zu übernehmen.

Wladimir Putin weigerte sich, an öffentlichen Debatten mit den anderen Kandidaten teilzunehmen. Stattdessen schickte er seine Vertreter, zu denen auch Hunderte von berühmten Persönlichkeiten gehörten – Künstler, Sänger, Filmstars, Produzenten u.a.[23] Einige von ihnen nahmen aus ehrlicher Überzeugung teil. Andere fürchteten jedoch, der Staat würde die finanzielle Unterstützung für ihre Filme, Theater und Projekte streichen. Neben der offiziellen Wahlkampfseite zirkulierten im Internet – z.B. auf *YouTube* – auch etliche inoffizielle Videos, die Putin unterstützten. Zu den bekanntesten gehörte der Song „W.W.P." [Wladimir Wladimirowitsch Putin] eines tadschikischen Sängers, in dem Putin gelobt und als gütiger Zar dargestellt wird, als

20 Wladimir Posner, This Time, Putin May Get the Message, in: The New York Times, 13. März 2012, unter: http://www.nytimes.com/2012/03/14/opinion/this-time-putin-may-get-the-message.html.

21 Vgl. Lev Gudkov, Socialnyj kapital i ideologičeskie orientacii [Soziales Kapital und ideologische Orientierungen], in: Pro et Contra, a.a.O. (Anm. 16), S. 6-31, hier: S. 28.

22 Andrej Kolesnikov, Ručnaya programma, ili „Ob ljudjach nado dumat'!" [Programmhandbuch oder „Es muss an die Menschen gedacht werden!"], in: novaja gazeta, 12. Januar 2012, unter: http://www.novayagazeta.ru/comments/50401.html?print=1.

23 Wie weiter unten erläutert noch wird, ist die neue urbane „Mittelschicht" auch eine kreative Schicht, eine Schicht der Intelligenzija. Um dieser Intelligenzija etwas entgegenzusetzen, musste Putin demonstrieren, dass die Intelligenzija, die ihn unterstützt, größer und berühmter ist.

mächtiger Supermann, der „das Land gerettet hat“ und jedem hilft. Der Katastrophenfilm „2012“ zeigte ein schreckliches Szenario dessen, was alles eintreten könnte – bis hin zum Zusammenbruch des Staates und zur Machtübernahme durch die Faschisten –, sollte Putin nicht wiedergewählt werden. Es gab auch Berichte über angebliche Pläne, Putin zu ermorden. Demnach existierten diese Pläne, jedoch sei ihre Ausführung gerade noch rechtzeitig – im Februar, während des Wahlkampfs – verhindert worden.[24]

Fünf Kandidaten standen zur Wahl: Wladimir Putin, der SR-Vorsitzende Sergei Mironow, Wladimir Schirinowski (LDPR), Gennadi Sjuganow (KPRF) und ein parteiloser Kandidat, der Oligarch Michail Prochorow, der sich selbst nominiert hatte. Grigori Jawlinski (*Jabloko*) wurde nicht als Kandidat zugelassen. Unklar war, ob Prochorow ein echter Kandidat oder lediglich eine Marionette des Kremls war, die liberale Wähler anziehen und zur Teilnahme an der Wahl bewegen sollte, um so den Anschein der Legitimität zu erhöhen. Prochorows relativer Erfolg bei den Wahlen und seine anschließende Unsichtbarkeit deuten auf Letzteres hin. Die liberale Klientel stand erneut vor einem Dilemma: Sollte sie an den unfairen Wahlen teilnehmen oder sie gänzlich boykottieren? Diejenigen, die an den Wahlen teilnahmen, stimmten nicht „für“ einen Kandidaten, sondern gegen Putin. Dmitri Oreschkin gab z.B. folgenden Ratschlag: „Behandelt die Wahlen so als wären sie ein Spiel mit einem Störenfried, der immer wieder schamlos gegen die Regeln verstößt. [...] Die Stimmangabe muss daher ebenso als Spiel verstanden werden: Man sollte nicht hoffen zu gewinnen, sondern den Gegner als Narren darzustellen und dem Falschspieler das Leben schwerer zu machen.“[25] Weder die sogenannte systemische Opposition noch die außersystemische Opposition waren in der Lage, unabhängige und alternative Programme vorzulegen. Ihre eigenen Wahlkampagnen waren reaktionär: Sie konzentrierten sich auf das, was Putin getan oder gesagt hatte, und kritisierten es, ohne jedoch alternative Visionen anzubieten.[26]

Die Wahlergebnisse sahen folgendermaßen aus: Wladimir Putin erhielt rund 64 Prozent der Stimmen, Sjuganow 17 Prozent, Prochorow acht Prozent, Schirinowski sechs Prozent und Mironow vier Prozent. Diesmal war an Putins Sieg jedoch einiges ungewöhnlich: In den großen Städten erhielt er wesentlich weniger Stimmen, in Moskau beispielsweise weniger als 50 Prozent, während Michail Prochorow mit 20 Prozent Zweiter wurde.[27] Darin spiegeln sich die Proteststimmung und die Entstehung einer unzufriedenen Mittelklasse in den großen Städten wider.

---

24 Vgl. den Kommentar von Anton Orech, Putin. Spasibo, čto živoi [Putin. Danke, dass du am Leben bist], im Radiosender Echo Moskvy, 27. Februar 2012, unter: http://www.echo.msk.ru/blog/oreh/863102-echo.

25 Dmitri Oreškin, Vybirat' ne prichoditsja [Keine Chance zu wählen], in: Esquire, 1. Dezember 2011, unter: http://esquire.ru/elections.

26 Vgl. Alexandra Samarina, Bezotvetnye konkurenty Vladimira Putina [Wladimir Putins Konkurrenten haben keine Antworten], in: Nezavisiamaja Gazeta, 22. Februar 2012, unter: http://www.ng.ru/politics/2012-02-22/1_putin.html.

27 Vgl. Posner, a.a.O. (Anm. 20).

Das BDIMR bewertete den Wahlkampf, die Stimmabgabe und die Stimmenauszählung wie folgt:

> „Obwohl alle Kandidaten ihren Wahlkampf ungestört betreiben konnten, waren die Wahlkampfbedingungen zugunsten eines Kandidaten verzerrt. Zwar hatten alle Kandidaten Zugang zu den Medien, doch einer der Kandidaten – der damalige Ministerpräsident – wurde in der Berichterstattung klar bevorzugt. Auch wurden zu seiner Unterstützung staatliche Ressourcen mobilisiert. Am Wahltag bewerteten die Beobachter die Stimmabgabe insgesamt positiv. Jedoch nahm die Qualität der Wahlen während der Auszählung aufgrund von Unregelmäßigkeiten ab.“[28]

Viele liberale russische Wahlbeobachter weigerten sich, das Ereignis als „Wahlen“ zu bezeichnen und bevorzugten den Begriff „sogenannte Wahlen“, da es keine echte Möglichkeit gegeben habe, den Staatschef des Landes aus mehreren Kandidaten „auszuwählen“.[29] Videos und andere Berichte von eklatanten und dreisten Verstößen gegen das Wahlrecht, die von unabhängigen russischen Beobachtern – dieses Mal rund 28.000 Freiwilligen[30] – aufgezeichnet worden waren, überfluteten das Internet.

Unabhängige Beobachter (*„Golos“*, *„Graschdanin nabljudatel“*, *„Liga isbiratelei“*) räumen ein, dass Putin bei den Wahlen die Mehrheit erhalten hat und bereits in der ersten Runde gewonnen hatte. Die meisten Meinungsumfragen belegten, dass er auch ohne Wahlbetrug gewonnen hätte, wenngleich dies auch eine Folge unfairer Bedingungen vor der Wahl und der Propagandakampagne der staatlichen Medien war. Unklar war jedoch, ob Putin im ersten Wahlgang gewonnen hätte oder ob ein zweiter Wahlgang nötig gewesen wäre.

Putins Siegeskundgebung auf dem Maneschnaja-Platz am 5. März zog rund 110.000 seiner Unterstützer an, die sich mehr oder weniger notgedrungen versammelten. Die Veranstaltung spiegelte jedoch nicht gerade einen freudigen Sieg wider: Putin sprach mit Tränen in den Augen, als ob er mindestens den Kampf gegen eine fremde Besatzungsmacht gewonnen hätte. „Wir haben in einem offenen und fairen Kampf gewonnen [...] Doch dies war mehr als nur eine Präsidentschaftswahl [...] Wir haben gezeigt, dass uns niemand etwas aufzwingen kann [...]“[31] Am Vortag hatte es tatsächlich so ausgesehen, als wäre Moskau besetzt und als fände keine Wahl, sondern ein Staatsstreich

28 OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights, Russian Federation, Presidential Election, 4 March 2012, OSCE/ODIHR Election Observation Mission, Final Report, 11. Mai 2012, S. 1.

29 „[…] Putin hat gewonnen, aber nicht bei den Wahlen, sondern bei irgendeiner anderen Veranstaltung“, Julija Latynina in der Radiosendung „Kod dostupa“ , Echo Moskvy, 10. März 2012, unter: http://www.echo.msk.ru/programs/code/866934-echo.

30 Vgl. ebenda.

31 Wladimir Putin auf Russia Today, 4. März 2012, unter: http://www.youtube.com/watch?v=M42pAzm9iIc.

statt. Militär, Sondereinsatzkräfte (OMON) und gepanzerte Fahrzeuge überschwemmten die Stadt, um „farbige Revolutionen" zu verhindern.[32] Am Tag von Putins Amtseinführung wurden alle oppositionellen Demonstranten und überhaupt jegliche Menschen von den Straßen vertrieben. Somit fuhr Putin durch völlig leere Straßen zu seiner Amtseinführung, was ein für Moskau sehr seltsames Bild abgab.[33]

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sowohl die Parlaments- als auch die Präsidentschaftswahlen gezeigt haben, dass die Unterstützung für Putin unter der Bevölkerung im Vergleich zu früheren Wahljahren abgenommen hat. Beide Wahlen haben in der Tat gezeigt, dass Putins „Teflonschicht deutliche Sprünge bekommen hat".[34] Es gab Anzeichen dafür, dass die politischen Eliten hinter Putin sich nicht mehr einig sind und dass bestimmte Gruppen ihn nicht mehr unterstützen. Deswegen war es für ihn so wichtig, alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um sicherzugehen, dass er im ersten Wahlgang gewinnt. Letztlich erhielt er eine Stimmenmehrheit und hätte wohl auch ohne Wahlbetrug auf jeden Fall gewonnen. Das ist zum einen auf die künstlich erzeugte Abwesenheit alternativer Kandidaten (die keinen Zugang zu den Medien hatten) zurückzuführen, macht aber auch deutlich, dass diejenigen, die gegen den Wahlbetrug und gegen Putins Regime protestieren, noch immer eine Minderheit sind. Die Mehrheit der Bevölkerung ist zwar mit der Arbeit der Regierungspartei Einiges Russland unzufrieden – „die Bojaren sind schlecht" –, ist jedoch davon überzeugt, dass, wie uns die russische Geschichte lehrt, „der Zar gut ist" und es niemand Besseres gibt. Der Mangel an Alternativen ist einer der Hauptgründe, warum die Mehrheit der Russen sich entschloss, für Putin zu stimmen.[35] Sowohl bei den Parlaments- als auch bei den Präsidentschaftswahlen war das Ergebnis im Voraus bekannt. Es war eine „virtuelle Politik"[36] oder eine Wahlimitation statt echter Wahlen mit nichtvorhersagbaren Ergebnissen.

Wer sind die Demonstranten?

In diesem Abschnitt sollen die Fragen beantwortet werden, um wen es sich bei den Demonstranten handelt, welches die wesentlichen Merkmale der Proteste waren und wie es zu ihnen kam. Fangen wir mit der ersten Frage an.

---

32 Vgl. Vladimir Varfolomeev, Vybory ili perevorot? [Wahlen oder Staatsstreich?], Radiosendung von Echo Moskvy, 4. März 2012, unter: http://www.echo.msk.ru/blog/varfolomeev/865174-echo.

33 Siehe den Bericht des TV-Senders Dožd', 7. Mai 2012, unter: http://www.youtube.com/watch?v=BUt6CZ_1044.

34 Dmitri Trenin, in: Duma Elections: Expert Analysis, a.a.O. (Anm. 9).

35 Es gab eine Diskussion darüber, ob Putin und Medwedew sich als Konkurrenten um die Präsidentschaft bewerben könnten oder ob Medwedew sogar selbst für eine zweite Amtszeit kandidieren würde. Beim Parteitag von Einiges Russland im September wurde jedoch deutlich, dass Medwedew seinen Machtanspruch zugunsten von Putin aufgab.

36 Andrew Wilson, Virtual Politics. Faking Democracy in the Post-Soviet World, New Haven 2005.

Soziologen geben an, dass zwischen 15 und 25 Prozent der Bevölkerung Putins System nicht akzeptieren.[37] Dazu gehören ganz unterschiedliche Personengruppen – von Liberalen bis zu Nationalisten, Intellektuelle und Prominente, Menschen verschiedenen Alters und mit unterschiedlichen Berufen. Sie haben keine gemeinsamen Symbole oder Anführer.[38] Somit gibt es auch keine vereinte Opposition.

Dennoch ist der feste Kern der Demonstranten gut ausgebildet (etwa 70 Prozent), relativ jung (etwa 40 Prozent sind 25 bis 39 Jahre alt und etwa 20 Prozent zwischen 40 und 54) und finanziell abgesichert (etwa 80 Prozent), wenn auch nicht unbedingt reich. Sie haben dank ihrer Arbeit und ihres aktiven Lebensstils viel erreicht und sind es daher nicht gewohnt, etwas passiv hinzunehmen.[39] Ihre Erklärung, warum sie an den Protesten teilnehmen, klingt vertraut: Sie haben für sich und ihre Familien in ihren Wohnungen, Häusern und Wohngegenden eine sichere und angenehme Umgebung geschaffen. Jetzt wollen sie Ordnung auf ihren Straßen, in ihren Städten und insgesamt im Land. Sie werden von den Machtinstrumenten ferngehalten, und ihre Interessen werden von den staatlichen Institutionen nicht repräsentiert. Man spricht daher auch davon, dass sich eine „neue urbane" aktive Mittelschicht entwickelt hat.

Wladimir Putin selber hat zur Bildung dieser Mittelschicht beigetragen. Viktor Kremeniuk zufolge hatte Putin während seiner Präsidentschaft das Ziel verfolgt, eine Mittelschicht zu etablieren, die seine Macht stützen und ihr Legitimität verleihen sollte. Teils durch eigene Anstrengungen, teils dank hoher Energiepreise gelang es ihm, Voraussetzungen zu schaffen, in denen diese Gruppe wachsen und finanziell gedeihen konnte. Es gab jedoch eine Bedingung: Die Mittelschicht sollte sich nicht in die Politik einmischen. Jedoch sind es genau diese Menschen, die heute mehr Möglichkeiten haben wollen, die Politik zu beeinflussen.[40] Die Mittelschicht hegte nicht nur liberale Vorstellungen, sondern wollte sich auch besser entfalten können. In Dmitri Danilow stellt dazu fest: „Das System begann, sich selbst aufzufressen: Bis Mitte der 2000er Jahre war zwar eine Stabilisierung erreicht worden und auch wichtig gewesen, doch hat sich seitdem nichts mehr bewegt. Wir treten auf der Stelle. Es werden keine Entscheidungen mehr getroffen und die Gesellschaft hat trotz der Versuche der Verantwortlichen, sie von der Wirksamkeit ihrer Modernisierungsstrategie und ihrer Reformen zu überzeugen, den Eindruck, dass es nicht genügend Impulse für eine Weiterentwicklung gibt."[41]

Die meisten Proteste fanden in den größten russischen Städten statt. Gudkow erklärt dazu, dass sich die Provinzen von den großen Städte durch ihre Lebensart und ihre Mentalität unterscheiden: In der Provinz gibt es weniger

37 Vgl. Interview mit Boris Dubin, a.a.O. (Anm. 13).
38 Vgl. ebenda.
39 Vgl. ebenda.
40 Quelle: Interview der Autorin mit Viktor Kremeniuk, Moskau, Juli 2012.
41 Interview der Autorin mit Dmitri Danilow in Moskau, Juli 2012.

materielle Mittel und Bildungsressourcen, die beruflichen Aussichten und die Möglichkeiten zu studieren sind ebenfalls geringer. Unter der Dominanz der vom Staat kontrollierten Medien, die kollektive Mythen reproduzieren und weitgehend ein Vermächtnis aus der Sowjetzeit sind, wird ein eher paternalistisches Bild des Präsidenten gezeichnet. Wer solche Bilder akzeptiert, fürchtet sich vor Veränderungen.[42] Tatsächlich ist das Land in mindestens drei oder vier „Russlands" gespalten, von denen einige von einem vormodernen oder sogar antimodernen Lebensstil gekennzeichnet sind.[43]

Wie Gudkow weiter ausführt, kann insbesondere Moskau als Beispiel für eine Zone oder Enklave der Modernität herangezogen werden, da es mit seinen Merkmalen und seinem Europäiisierungsgrad eher europäischen Gesellschaften ähnlich ist. Aufgrund verschiedener Faktoren (hohes Bildungsniveau, gut bezahlte Jobs, Bevölkerungskonzentration und die Vielseitigkeit gesellschaftlicher Gruppen) entstehen hier neue Formen sozialer Ordnung, die sich von denjenigen im übrigen paternalistischen Russland unterscheiden. Die Moskauer brauchen mehr Pluralismus, mehr Liberalisierung und eine Marktwirtschaft – was wiederum die Entstehung einer liberaleren, „modernen" europäischen Bevölkerungsschicht zur Folge hat. Aus diesem Grunde existieren in Moskau – trotz des Umfelds eines autoritären Staates – die Vorbedingungen für die Ausbildung eines Liberalismus.[44]

Ein weiteres erwähnenswertes Merkmal der Protestaktivitäten ist ihre Kreativität. An den Protesten nahmen viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teil und halfen bei der Organisation. Dazu gehörten kritische Journalisten, Schriftsteller, Sänger und andere Künstler. Die wichtigste Plattform für ihre Kampagne ist das Internet. Etliche künstlerische und kreative Aktionen sollten die Öffentlichkeit auf die Wahlen aufmerksam machen und die Bevölkerung über den Sinn und die Wichtigkeit der Proteste informieren: Songs auf *YouTube* (u.a. „*Nasch durdom golosuet sa Putina*" [Unser verrücktes Haus wählt Putin]; „*WDW protiw Putina*" [Die Luftlandetruppen sind gegen Putin] und auch die berüchtigte Band *Pussy Riot*), Lyrik (das Projekt „*Graschdanin poet*" [Bürger Dichter]) und viele andere. Alle zusammen bilden ein wichtiges neues Phänomen. Eine andere Bezeichnung für die Teilnehmer der Protestbewegung ist daher auch die „kreative Klasse".

Was die Frage nach den Gründen für die Proteste angeht, so waren die unfairen und gefälschten Wahlen eher der Hauptauslöser als die Ursache. Neben einer allgemeinen, zunehmenden Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Regime und seinen Merkmalen war ein weiterer wichtiger Faktor – und quasi ein Auslöser mit verzögerter Wirkung – der Ämtertausch zwischen Putin und Medwedew. Im September 2011, beim Parteitag der Regierungspartei Eini-

42 Vgl. Gudkov, a.a.O. (Anm. 21), S. 12.

43 Vgl. ebenda, S. 7; siehe auch Richard Rose, Uses of Social Capital in Russia: Modern, Pre-Modern, and Anti-Modern, in: Post-Soviet Affairs 1/2000, S. 33-57; Natalja Zubarevič, Perspektiva: Četyre Rossii [Perspektiven: vier Russlands], in: Vedomosti, 30. Dezember 2011, unter: http://www.vedomosti.ru/newspaper/article/273777/cetyre_rossii.

44 Vgl. Gudkov, a.a.O. (Anm. 21), S. 10-11.

ges Russland, verkündeten der damalige Ministerpräsident Wladimir Putin und der damalige Präsident Dmitri Medwedew, dass sie ihre Jobs einfach tauschen würden. Folglich beschloss Medwedew als relativ junger Präsident, der keine gravierenden Fehler begangen hatte, sich nicht der Wiederwahl zu stellen. Zuvor war gerätselt worden, ob Medwedew zu einem unabhängigen Präsidenten werden würde, ob er wirkliche Macht im Land besaß oder ob er die Macht anstreben und seinen angekündigten Modernisierungs- und Liberalisierungskurs verwirklichen würde, anstatt es bei bloßer Rhetorik zu belassen. Jadwiga Rogoza vermutet, dass Putin, als er seinerzeit seinen Nachfolger für eine Amtszeit als Präsident auswählte, sich darüber im Klaren war, dass es Forderungen nach mehr Liberalisierung gab: Die Mittelschicht hatte zu dem Zeitpunkt damit begonnen, nach „einem neuen Gesellschaftsvertrag mit der Regierung zu rufen".[45] Aus diesem Grunde entschied er sich für Medwedew, der das Image hatte, liberaler zu sein als sein damaliger Hauptkonkurrent um die Nachfolge Putins, der Hardliner Sergei Iwanow. Viele Liberale hatten gehofft, dass es während Medwedews Präsidentschaft zu einer Liberalisierung des Landes kommen würde und dass er eine andere Elite und andere Interessengruppen vertrat als Putin. Seine Aussage, Freiheit sei besser als Unfreiheit, nährte entsprechende Erwartungen. Deswegen waren die Liberalen im Land am Ende desillusioniert. Das Ausbleiben liberaler Reformen stand in starkem Kontrast zu Medwedews Rhetorik. Laut Lilja Schewtsowa „gab es einen gewaltigen Unterschied zwischen Medwedews leerer Rhetorik und der Wirklichkeit [...] Er selber hat die Proteste im Dezember herbeigeführt."[46] Außerdem wurde der Ämtertausch von der politisch aktiven Bevölkerung und den Beobachtern der politischen Vorgänge im Land äußerst negativ aufgenommen. Sie waren letztlich von der Politik ausgeschlossen. Es wurde auch deutlich, dass Putin während Medwedews restlicher Amtszeit nach wie vor bei allen Entscheidungen das letzte Wort haben würde. Nach dem Ämtertausch gehörten Websites, die der Arbeitssuche im Ausland und dem Erlangen ausländischer Staatsbürgerschaften dienten, zu den populärsten in Russland.[47]

Die Demonstrationen hielten zwar auch im März nach den Präsidentschaftswahlen noch an, ebbten dann aber ab. Unter den Führern der Opposition herrschen Uneinigkeit, Misstrauen und Konkurrenz. Viele der Protestierenden, die zu den Demonstrationen gehen, haben keine Präferenzen für einen bestimmten Politiker. Sie lehnen die derzeitigen Oppositionsführer wie z.B. Boris Nemzow, Michail Kassjanow, Xenija Sobtschak und den Radikalen Sergei Udalzow ab. In privaten Gesprächen haben mir Experten und Demonstrationsteilnehmer gesagt, dass sie unter den gegenwärtigen Oppositi-

45 Jadwiga Rogoza, In Putin's Shadow, Dmitry Medvedev's presidency, Punkt Widzenia, Centre for Eastern Studies, November 2011, S. 6; siehe auch ebenda, S. 9-12.

46 Radiosendung Vremja gostej mit Lilija Ševcova, 29. Dezember 2011, unter: http://www.svobodanews.ru/content/transcript/24436982.html.

47 Vgl. Itogi 2011 goda [Die Ergebnisse von 2011], in: The New Times, 26. Dezember 2011, unter: http://newtimes.ru/articles/print/48149.

onsführern keine Alternative zu Putin erkennen können. Die Vorstellung, einer von ihnen könnte an die Macht kommen, bereitete ihnen sogar Sorge, da auch die Oppositionsführer aus egoistischen Motiven handelten und nicht zum Wohle des Landes. Ihrer Ansicht nach könnte ein neues Regime unter jedem dieser Oppositionsführer sogar noch autoritärer sein.

Die Agenda der Oppositionsführer ist nach wie vor negativ: Ihre Kritik richtet sich weniger auf die Inhalte von Putins Politik, als vielmehr darauf, wie schlimm, korrupt und autoritär Putin selbst ist. Eine positive, inhaltliche Agenda haben sie nicht zu bieten, d.h. sie können nicht sagen, was sie besser machen könnten oder würden. Auch haben sie keine Ideen hervorgebracht, die attraktiv genug wären, mehr Menschen auf sich zu vereinen oder ein breiteres Spektrum an gesellschaftlichen Gruppierungen oder die Unterstützung einer größere Zahl von Regionen zu mobilisieren.

Insgesamt hat die Oppositionsbewegung viele Gesichter, Ursachen und Auslöser. Die „wütende Mittelschicht" ist immer noch eine Minderheit. Dennoch handelt es sich um eine bedeutende Minderheit. Sie umfasst unabhängige Denker, die aus Überzeugung oder aufgrund ihrer Arbeit oder ihrer Lebensumstände ein Mehr an politischen Rechten und partizipatorischer Demokratie einfordern. Politiker und Experten im Westen haben oftmals die rhetorische Frage gestellt, wie die Russen dazu gebracht werden könnten, sich mehr für Politik zu engagieren, Verantwortung zu übernehmen und die Initiative zu ergreifen. Die Ereignisse im Umfeld der Wahlen in den Jahren 2011 und 2012 haben gezeigt, dass die Russen damit begonnen haben. Das soziale und politische Engagement hat zugenommen.

Die Situation und die Aussichten nach den Wahlen

Nach den Wahlen leitete die Regierung einige wenige liberale Gesetzesinitiativen ein. Sie waren eine Reaktion auf die ersten Proteste im Dezember und führten beispielsweise die Direktwahl der Gouverneure wieder ein und erleichterten die Registrierung politischer Parteien. Wie zum Ausgleich für diese Liberalisierungen wurde jedoch gleichzeitig eine weitaus höhere Zahl an repressiven Maßnahmen ergriffen. Dazu gehörten eine striktere Regulierung des Internets, ein NGO-Gesetz über „ausländische Agenten", ein „Verleumdungsgesetz" sowie höhere Bußgelder für die Organisation nicht genehmigter Demonstrationen und die Teilnahme daran. Die Bußgelder für Wahlbetrug sind nun wesentlich niedriger als die für Proteste gegen einen solchen Betrug. Das Signal, das damit an unterwürfige hohe Beamte sowie regionale und lokale Behörden ausgegeben wird, lautet, dass der politische Kurs fortgesetzt wird. Es ist in Ordnung, Wahlergebnisse zu fälschen und gleichzeitig jeglichen Protest zu unterdrücken. Noch einmal sollte betont werden, dass diese Maßnahmen gegen die Minderheit der „wütenden Mittel-

schicht“ gerichtet sind. Die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt derartige restriktive Maßnahmen.[48]

Das Parlament wird von russischen Journalisten oft als „wildgewordener Drucker“ bezeichnet, da Gesetzesinitiativen rasch und ohne große Diskussionen oder Beratungen verabschiedet werden. Trotz aller Hoffnungen, dass die Regierungspartei Einiges Russland nach den Wahlen in der Duma geschwächt sein würde, ist sie immer noch die stärkste Kraft im Parlament. Sie kann jede Gesetzesinitiative durchdrücken, die für sie von Nutzen ist, genau wie sie es vor der Wahl gemacht hat. Die Parteien der „systemischen Opposition“ bilden kein wirkliches Gegengewicht. Die wichtigsten Ausschüsse der Duma werden von der Regierungspartei kontrolliert. Viele hatten gehofft, die Duma könnte zu einem echten Diskussionsforum werden,[49] daraus ist jedoch nichts geworden.

Neben repressiven Gesetzen haben die Regierungsbehörden auch andere Maßnahmen ergriffen, um Oppositionsführer und die Öffentlichkeit einzuschüchtern und weitere Proteste zu unterbinden. Beispiele dafür sind die Verurteilung der Punkband *„Pussy Riot“* nach ihrer Protestaktion in der Moskauer Kathedrale und ihrem Song „Mutter Gottes, jag Putin davon“, die Anklage gegen Alexei Nawalny, die Schließung von Firmen derjenigen, die sich aktiv an den Protesten beteiligt hatten (z.B. Vater und Sohn Gudkow von der SR, die sich bei der Wahlbeobachtung und in der Opposition engagiert hatten). Einige Kundgebungen der Opposition wurden gewaltsam aufgelöst, so z.B. am 6. Mai, und es wurden zahlreiche Anklagen erhoben und gerichtliche Ermittlungen aufgenommen. Die Wohnungen und Büros von Oppositionsführern wurden durchsucht, vor allem mit dem Ziel, sie zu schikanieren, zu blamieren und einzuschüchtern. Zahlreiche persönliche Daten und Gespräche sickerten nach diesen Durchsuchungen an die Medien durch, um die Opposition zu diskreditieren. Insgesamt versucht die Regierung – in Gudkows Worten – die Entwicklung der Zivilgesellschaft „einzufrieren“ und das soziale und politische Leben primitiver zu gestalten. Dabei verlässt sie sich auf die Unterstützung durch Gruppen, die sich in „passiver Toleranz“ üben.[50]

Dennoch ist die Lage nach den Wahlen nicht „eingefroren“ und bleibt instabil. In den großen Städten sinkt die Zustimmung für Putin und die Regierung.[51] Putins Kabinett sieht sich großen Herausforderungen an vielen Fronten gegenüber: sozio-ökonomischen Entwicklungen wie einer neuen hypothetischen globalen oder europäischen Finanzkrise, der Abhängigkeit der Staatsfinanzen von Energieressourcen, d.h. vom Ölpreis, neuen Naturkata-

48 Vgl. Levada Center, Otnošenie k zakonodatel’nym iniciativam poslednego vremeni [Einstellungen gegenüber Gesetzesinitiativen in jüngster Zeit], 1. August 2012, unter: http://www.levada.ru/print/01-08-2012/otnoshenie-k-zakonodatelnym-initsiativam-poslednego-vremeni.

49 Vgl. Nikolay Petrov, in: Duma Elections: Expert Analysis, a.a.O. (Anm. 9).

50 Gudkov, a.a.O. (Anm. 21), S. 21.

51 Levada Center, Vladimir Putin terjaet Moskvu [Wladimir Putin verliert Moskau], 20. Juli 2012, unter: http://www.levada.ru/20-07-2012/vladimir-putin-teryaet-moskvu-svidetelstvuyut-dannye-sotsoprosa.

strophen oder von Menschen verursachten Katastrophen, der Situation im Nordkaukasus und gesellschaftlicher Unzufriedenheit, falls sich die Wirtschaftslage verschlechtert. Die Elite hinter Putin gewährt ihm keine große Unterstützung mehr: „Ein Teil der Elite hat begonnen, sich langsam zu entfernen, um ihren eigenen Status zu sichern [...]"[52] All diese Faktoren haben manche Beobachter zu dem Urteil bewogen, Putins Regime sei bereits tot, und es sei unwahrscheinlich, dass er selbst die gesamte Legislaturperiode übersteht. Hier stimme ich allerdings eher Andrew Monaghan zu, dass „es zu früh ist, um das Ende der Ära Putin zu behaupten".[53] Putin ist nach wie vor der populärste Politiker des Landes und kann noch immer zahlreiche Unterstützer mobilisieren. Trotz des abnehmenden Vertrauens in den Präsidenten und die staatlichen Institutionen glauben immer noch 49 Prozent der Russen, dass der Präsident vertrauenswürdig ist, und nur 13 Prozent meinen, man könne ihm überhaupt nicht trauen.[54] Außerdem haben die hohen Ölpreise Putin in der Vergangenheit oft geholfen.

In der Außenpolitik wird die Regierung auch weiterhin auf stereotype Feindbilder als politische Taktik zurückgreifen – vor allem, da es noch immer auf vielen Gebieten Meinungsverschiedenheiten mit dem Westen gibt, z.B. in Bezug auf die US/NATO-Raketenabwehr, Syrien und den „Arabischen Frühling". Dennoch wird die russische Regierung, deren Mitglieder ihre Bankkonten im Westen haben, ihre Kinder auf die angesehensten Universitäten im Westen schicken und für ihre Investitionen und ihren Urlaub westliche Länder bevorzugen, keinen Streit mit dem Westen anfangen. Wie soll der Westen darauf reagieren? Dmitri Trenin schreibt in diesem Zusammenhang: „Europäische Politiker müssen ihre üblichen Klischeevorstellungen von Russland ablegen und einsehen, dass das Land weder neo-sowjetisch noch neo-imperial ist [...] Europa wäre gut beraten, von seinem stärksten *Soft-Power*-Werkzeug Gebrauch zu machen, d.h. das Visaabkommen zwischen den Schengen-Staaten und Russland zu liberalisieren und stufenweise auslaufen zu lassen. Politische Veränderungen in Russland werden jedoch von innen kommen. Es steht den Europäern zwar frei, ihre Werturteile und Kommentare abzugeben [...] doch sollten sie sich klugerweise aus der russischen Politik heraushalten."[55] Tatsächlich haben sich bislang externe Demokratisierungsbemühungen in zahlreichen Ländern als erfolglos erwiesen.[56]

---

52 Kryštanovskaja, a.a.O. (Anm. 1).

53 Andrew C. Monaghan, The End of the Putin Era?, Carnegie Paper, Juli 2012, S. 3. Siehe auch die Pro- und Kontra-Argumente in der Radiosendung Iščem vychod…: Skol'ko proživet vlast'? des Senders Echo Moskvy, a.a.O. (Anm. 1).

54 Vgl. Levada Center, Instituty vlasti terjajut doverie graždan [Die Regierungsinstitutionen verlieren das Vertrauen der Bürger], 26. Juni 2012, unter: http://www.levada.ru/26-06-2012/instituty-vlasti-teryayut-doverie-grazhdan.

55 Dmitri Trenin, in: Dmitri Trenin/Maria Lipman/Alexey Malashenko/Nikolay Petrov, Russia on the Move, Policy Outlook, Juni 2012, S. 1, unter: http://carnegieendowment.org/2012/06/01/russia-on-move/b14p.

56 Vgl. Yury V. Bosin, Supporting Democracy in the Former Soviet Union: Why the Impact of US Assistance has been below expectations, in: International Studies Quarterly 2/2012, S. 405-412; siehe auch Frank Schimmelfennig/Hanno Scholtz, EU Democracy Promotion

Die Opposition wird ebenfalls vor wichtigen Herausforderungen stehen: Wie kann sie geeint werden und gemeinsame Parolen und eine Agenda finden, die auch die Anliegen des „vormodernen" Russlands berücksichtigen? Immer noch gibt es keine starken Politiker, die in der Lage wären, die unterschiedlichen oppositionellen Gruppen zu vereinigen. In einigen Fällen wird eine Vereinigung auch gar nicht möglich sein, wie z.B. zwischen Liberalen und radikalen Nationalisten. Die wichtigste Aufgabe der Opposition wird darin bestehen, eine positive Agenda zu finden.

Was Russlands zukünftige Entwicklung betrifft, sind mehrere Szenarien denkbar: von der Stabilisierung (und Stagnation) über Proteste bis hin zu einer „Revolution", ähnlich der in Libyen.[57] Einige Soziologen und Experten halten die Lage in Russland für vorrevolutionär.[58] „Wir leben jetzt wie auf einem Vulkan",[59] und noch ist nicht klar, ob es zu einem Ausbruch kommen wird. Die meisten Beobachter, die eine Revolution vorhersagen, weisen auch darauf hin, dass dies für Russland nicht gut wäre. Andere widersprechen dieser Einschätzung und weisen darauf hin, dass die Zahl der „neuen", oppositionell eingestellten Russen noch gering ist, was eine Revolution unmöglich mache.[60] Konstantin Remtschukov fasst die Lage folgendermaßen zusammen: „Im Jahr 2011 ist die Politik nach Russland zurückgekehrt. Das Jahr 2012 verspricht sogar noch mehr Politik in Russland, und zwar auf allen Ebenen und in allen Dimensionen."[61] Lilija Schewtsowa meint, dass die Zeit von „Putins Stabilität" mit den Wahlen zu Ende gegangen ist und die Zeit von „Putins Turbulenzen" begonnen hat.[62] Jewgenija Albats schrieb in einem Leitartikel: „Langweilig wird es nicht."[63] Trotz der anscheinenden Stabilität besteht also ein Potenzial für Veränderungen.

---

in the European Neighbourhood. Political Conditionality, Economic Development and Transnational Exchange, in: European Union Politics 2/2008, S. 187-215.

57 Vgl. Četyre scenarija dlja Rossii [Vier Szenarien für Russland], in: Komsomolskaja Pravda, 25. Mai 2012, unter: http://digest.subscribe.ru/business/school/n839193281.html.

58 Siehe beispielsweise Olga Kryštanovskaja in einem Interview auf Echo Moskvy, Polny Albats, Den' inauguracii: s raznych storon barrikad [Der Tag der Amtseinführung: von verschiedenen Seiten der Barrikaden aus betrachtet]; Vladimir Pastuchov, Gosudarstvo diktatury ljumpen-proletariata [Der Staat der Diktatur des Lumpenproletariats], in: novaya gazeta, 13. August 2012, unter: http://www.novayagazeta.ru/politics/53942.html.

59 Kryštanovskaja, a.a.O. (Anm. 1).

60 Vgl. Konstantin Remčukov, Gospodstvujušim klassnom v Rossii javljaetsja silovaja burokratija [Die herrschende Klasse in Russland ist die Bürokratie des starken Mannes], in: Nezavisimaja Gazeta, 28. August 2012, unter: http://www.ng.ru/printed/272458.

61 Konstantin Remčukov, Leitartikel in: Nezavisimaja Gazeta, 30. Dezember 2011.

62 Lilija Ševtsova, „Rossiskie vlasti absoljutno ne čyvstvujut drajva i ducha novoj epochi" [„Die russische Regierung merkt den Antrieb und den Geist der neuen Epoche nicht im geringsten"], in: Den', 6. März 2012, unter: http://www.carnegie.ru/publications/?fa=47456.

63 Evgenija Al'bats, in: Itogi 2011 goda, a.a.O. (Anm. 47).

Abschließende Betrachtung

Die Parlaments- und Präsidentenwahlen 2011 und 2012 erinnerten zwar aufgrund des unfairen Wahlkampfs, der Verstöße gegen das Wahlrecht und der Manipulationen an frühere Wahlen, dennoch unterschieden sie sich von diesen in mancherlei Hinsicht. In meinem Beitrag habe ich mich bemüht, einige dieser Aspekte zu beleuchten und zu erklären, wer die Demonstranten waren und weshalb es zu den Protesten kam. Es war jedoch nicht mein Anspruch, eine lückenlose Erklärung zu liefern. Soziologen und Politikwissenschaftler versuchen noch immer zu verstehen, was genau geschehen ist und warum, vor allem aber sind sie an der Frage interessiert, ob eine Zunahme der Proteste in der Zukunft möglich ist – ob beispielsweise der politische Protest dadurch gestärkt werden könnte, dass er sich mit sozialen Protesten vereint.

Die Wahlen haben vor allem gezeigt, dass ein großer und signifikanter Teil der russischen Gesellschaft – auch wenn er noch eine Minderheit ist – aufgewacht ist. Während die herrschende Elite das Land auf einen noch autoritäreren Weg führt, strebt ein bedeutender Teil der Bevölkerung eine Demokratisierung an. Wladimir Putins dritte Amtszeit als Präsident wird sich daher für ihn anders und schwieriger gestalten.

Nach den Wahlen bestand zwar einige Hoffnung, dass der Staat die Proteste und die Oppositionsbewegung ernster nehmen und einige liberale Maßnahmen zur Beruhigung der „wütenden Mittelschicht“ treffen würde. Die Entwicklungen zeigen jedoch, dass der Staat die Ereignisse zwar tatsächlich ernst genommen hat, seine Reaktion bestand allerdings darin, genau den entgegengesetzten Weg zu gehen: Er versucht, die Oppositionsbewegung durch repressive Gesetze sowie formelle und informelle Einschüchterungsmechanismen zu unterdrücken. Die Regierung ist nicht gewillt, sich auf die Opposition und die liberale, „moderne“ Mittelschicht und ihre Forderungen zuzubewegen. Stattdessen versucht sie, selbige aus dem politischen Leben zu verbannen. Die verschiedenen repressiven Gesetze und Maßnahmen deuten insgesamt darauf hin, dass es sich hierbei lediglich um den Beginn eines repressiveren Kurses handelt. Jedoch offenbart die gegenwärtige Regierung damit nicht ihre Stärke, sondern ihre Schwäche. Das Potenzial sowohl für positive als auch für negative Veränderungen bleibt bestehen.